

**Geschäftsordnung
für den Aufsichtsrat der
OHB SE**

§ 1

Allgemeines

1. Der Aufsichtsrat der OHB SE („**Gesellschaft**“) arbeitet bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben vertrauensvoll mit den übrigen Organen der Gesellschaft zum Wohle des Unternehmens zusammen. Die Aufsichtsratsmitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.
2. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben die gleichen Rechte und Pflichten. Die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Aufsichtsratsmitglieder bestimmen sich nach den Gesetzen, der Satzung der Gesellschaft und dieser Geschäftsordnung. Die Aufsichtsratsmitglieder befolgen die sie betreffenden Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, soweit nicht in der jährlich zusammen mit dem Vorstand abzugebenden Entsprechenserklärung Abweichungen erklärt werden.
3. Der Aufsichtsratsvorsitzende hält mit dem Vorstandsvorsitzenden zwischen den Sitzungen des Aufsichtsrats regelmäßig Kontakt und berät mit ihm Fragen der Strategie, der Planung, der Geschäftsentwicklung, des Risikomanagements und der Compliance des Unternehmens. Der Aufsichtsratsvorsitzende wird über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, durch den Vorsitzenden des Vorstands unverzüglich informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende wird sodann den Aufsichtsrat informieren und, soweit erforderlich, eine Aufsichtsratssitzung einberufen.
4. Die Aufsichtsratsmitglieder dürfen keine Organfunktion bei Wettbewerbern der Gesellschaft ausüben.

§ 2

Vorsitzender, Stellvertreter

1. Im Anschluss an die Hauptversammlung, in der die Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre gewählt werden, findet ohne besondere Einberufung oder Mitteilung einer Tagesordnung eine Aufsichtsratssitzung statt. In dieser Sitzung wählt der Aufsichtsrat aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen oder unter Angabe einer Rangfolge mehrere Stellvertreter. Die Wahl leitet das nach Lebensjahren älteste Aufsichtsratsmitglied.
2. Die Amtszeit des Vorsitzenden und des/der Stellvertreter entspricht, soweit bei der Wahl nicht eine kürzere Amtszeit bestimmt wird, ihrer Amtszeit als Mitglied des Aufsichtsrats.
3. Scheiden der Vorsitzende oder sein Stellvertreter vor Ablauf der Amtszeit aus ihrem Amt aus, so hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Neuwahl des Vorsitzenden und/oder seines Stellvertreter für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen vorzunehmen. Hierbei gelten die Absätze 1 und 2 dieses § 2 entsprechend.
4. Der Aufsichtsratsvorsitzende hält zwischen den Sitzungen mit dem Vorstand, insbesondere mit dem Vorstandsvorsitzenden, regelmäßig Kontakt und berät mit ihm Fragen der Strategie, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements und der Compliance des Unternehmens.
5. Der/Die Stellvertreter übernehmen die Aufgaben und Geschäfte des Aufsichtsratsvorsitzenden jeweils bei dessen Verhinderung.

§ 3

Sitzungen

1. Der Aufsichtsrat tritt mindestens zweimal im Kalenderhalbjahr zusammen.
2. Der Vorsitzende beruft die Sitzungen mit einer Frist von vierzehn Tagen schriftlich ein und bestimmt die Form der Sitzungen. Bei der Berechnung der Frist werden der Tag der Absendung der Einladung und der Tag der Sitzung nicht mitgerechnet. In dringenden Fällen kann der Vorsitzende die Frist abkürzen und eine Sitzung schriftlich, per Telefax, auf elektronischem Weg (E-Mail) oder fernmündlich einberufen. Mit der Einladung sind die Gegenstände der Tagesordnung bekanntzugeben.

3. Vor Beginn eines jeden Geschäftsjahres soll der Aufsichtsratsvorsitzende einen Terminplan für die Aufsichtsratssitzungen im Geschäftsjahr aufstellen und den Aufsichtsratsmitgliedern zukommen lassen.
4. Der Aufsichtsratsvorsitzende kann eine einberufene Sitzung nach pflichtgemäßem Ermessen aufheben oder verlegen.
5. Der Aufsichtsratsvorsitzende bestimmt die Reihenfolge, in der die Gegenstände der Tagesordnung verhandelt werden, sowie die Art und Reihenfolge der Abstimmungen und leitet die Sitzung. Er entscheidet über die Teilnahme des Vorstands, über die Einladung von Gästen sowie über die Zuziehung von Sachverständigen und Auskunftspersonen zur Information und Beratung über einzelne Gegenstände der Tagesordnung. § 109 AktG und § 12 Abs. 11, 12 der Satzung bleiben unberührt.

§ 4

Beschlussfassung

1. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden in der Regel in Präsenzsitzungen gefasst. Im Falle der Verhinderung ist der Aufsichtsratsvorsitzende möglichst rechtzeitig vor Beginn der Sitzung zu verständigen.
2. Beschlüsse zu Gegenständen der Tagesordnung, die nicht rechtzeitig bekanntgegeben worden sind, können nur gefasst werden, wenn kein Mitglied der Abstimmung widerspricht. Abwesenden Mitgliedern ist in einem solchen Fall innerhalb einer vom Vorsitzenden bestimmten angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, der Beschlussfassung zu widersprechen oder ihre Stimme schriftlich, durch Telefax oder im Wege elektronischer Telekommunikationsmittel abzugeben; der Beschluss wird erst wirksam, wenn kein abwesendes Mitglied innerhalb der Frist widersprochen hat.
3. Auf Veranlassung des Vorsitzenden können Sitzungen auch in Form einer Telefonkonferenz oder sonstiger elektronischer Kommunikationsmittel (insbesondere Videokonferenz) abgehalten und einzelne Aufsichtsratsmitglieder telefonisch oder mittels elektronischer Kommunikationsmittel (insbesondere Videoübertragung) zugeschaltet werden. Durch Telefon- oder Videokonferenz zu Sitzungen zugeschaltete Mitglieder des Aufsichtsrats gelten als anwesend. Auf Anordnung des Aufsichtsratsvorsitzenden können Beschlüsse auch schriftlich, per Telefax, auf elektronischem Weg (E-Mail), fernmündlich oder mittels sonst gebräuchlicher Telekommunikationsmittel, insbesondere per Videokonferenz, gefasst werden, wenn kein Mitglied diesem Verfahren unverzüglich widerspricht. Solche Beschlüsse werden vom Vorsitzenden schriftlich festgestellt und allen Mitgliedern zugeleitet.

4. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder geladen sind und mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, mindestens aber drei Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Ein Mitglied nimmt, soweit es um die Beschlussfähigkeit des Aufsichtsrats geht, auch dann an der Beschlussfassung teil, wenn es sich in der Abstimmung der Stimme enthält. Abwesende Mitglieder können an der Beschlussfassung teilnehmen, indem sie eine schriftliche Stimmabgabe durch ein anderes Mitglied überreichen lassen. Als schriftliche Stimmabgabe gilt auch eine mittels elektronischer Medien übermittelte Stimmabgabe. Eine Bevollmächtigung eines anderen Aufsichtsratsmitglieds oder eines Dritten zur Stimmabgabe ist unzulässig. Eine Kombination der verschiedenen Formen der Beschlussfassung, auch zusammen mit einer Sitzung einzelner oder mehrerer Mitglieder des Aufsichtsrats, ist zulässig.
5. Die Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes bestimmt. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden des Aufsichtsrats und im Falle seiner Nichtteilnahme die Stimme des rangnächsten Stellvertreters den Ausschlag.
6. Der Vorsitzende ist ermächtigt, die zur Durchführung der Beschlüsse des Aufsichtsrats erforderlichen Willenserklärungen abzugeben und Willenserklärungen für den Aufsichtsrat entgegenzunehmen. Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden hat sein rangnächster Stellvertreter diese Befugnisse.

§ 5

Niederschrift

1. Über die Sitzungen des Aufsichtsrats ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Sitzungsvorsitzenden zu unterzeichnen ist. Die über außerhalb von Sitzungen gefassten Beschlüsse anzufertigende Niederschrift hat der Aufsichtsratsvorsitzende zu unterzeichnen.
2. In der Niederschrift sollen der Ort und der Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung, der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und die Beschlüsse des Aufsichtsrats angegeben werden. Jedem Mitglied des Aufsichtsrats ist eine Abschrift innerhalb von zwei Wochen zu übermitteln.
3. In der folgenden Sitzung des Aufsichtsrats soll über die Genehmigung der Niederschrift Beschluss gefasst werden.

§ 6

Bildung von Ausschüssen

1. Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bilden und ihnen, soweit gesetzlich zulässig, auch Entscheidungsbefugnisse übertragen. Die Ausschüsse können bei Bedarf Sachverständige hinzuziehen. Die Mitglieder der Ausschüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Ihre Amtszeit entspricht, soweit nicht bei der Wahl eine kürzere Amtszeit bestimmt wird, ihrer Amtszeit als Mitglieder des Aufsichtsrats.
2. Die in § 12 der Satzung der Gesellschaft und in dieser Geschäftsordnung getroffenen Regelungen gelten für das Verfahren der Ausschüsse entsprechend, soweit in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats oder des Ausschusses nicht Abweichendes bestimmt ist.
3. Ein Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Ausschussmitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen.
4. Die Ausschüsse haben regelmäßig dem Aufsichtsrat über ihre Arbeit zu berichten.

§ 7

Interessenkonflikte

1. Die Aufsichtsratsmitglieder sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Kein Aufsichtsratsmitglied darf bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen.
2. Jedes Aufsichtsratsmitglied muss potentielle Interessenkonflikte, insbesondere nach § 111a AktG oder solche, die auf Grund einer Beratungs- oder Organfunktion bei Dritten entstehen können, dem Aufsichtsrat gegenüber offenlegen. Der Aufsichtsrat wird in seinem Bericht an die Hauptversammlung der Gesellschaft über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung unterrichten.
3. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen zur Beendigung des Mandats.

§ 8

Verschwiegenheit

1. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben über vertrauliche Berichte und vertrauliche Beratungen sowie Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen durch ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat bekannt geworden sind, Stillschweigen zu bewahren. Diese Verpflichtung gilt auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt. Dies gilt insbesondere für vertrauliche Berichte und vertrauliche Beratungen sowie für den Verlauf von Aufsichtsratssitzungen einschließlich der Stimmabgabe.
2. Will ein Mitglied des Aufsichtsrats Informationen an Dritte weitergeben, von denen nicht mit Sicherheit auszuschließen ist, dass sie vertraulich sind oder Geheimnisse der Gesellschaft betreffen, so soll es den Vorsitzenden des Aufsichtsrats vorher unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Stimmt der Aufsichtsratsvorsitzende der Weitergabe nicht zu, hat er die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrats hiervon zu unterrichten und eine unverzügliche Stellungnahme des Aufsichtsrats herbeizuführen. Bis zu dieser Stellungnahme hat das betreffende Mitglied des Aufsichtsrats über die ihm durch sein Amt bekannt gewordenen Tatsachen Stillschweigen zu bewahren.
3. Der Aufsichtsratsvorsitzende stellt sicher, dass auch die vom Aufsichtsrat eingeschalteten Mitarbeiter der Gesellschaft die Verschwiegenheitspflicht in gleicher Weise einhalten. Jedes Mitglied des Aufsichtsrats stellt sicher, dass von ihm eingeschaltete Mitarbeiter die Verschwiegenheitspflicht in gleicher Weise einhalten.
4. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind bei ihrem Ausscheiden aus dem Amt verpflichtet, sämtliche Unterlagen wie Schriftstücke, Korrespondenzen, Aufzeichnungen und dergleichen, die sich auf Angelegenheiten der Gesellschaft, der Gesellschafter oder eines mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmens beziehen und die sich in ihrem Besitz befinden, unverzüglich an die betreffende Gesellschaft zu übergeben oder zu vernichten. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats steht kein Zurückbehaltungsrecht an den Unterlagen zu.

§ 9

Geltungsdauer und Inkrafttreten

1. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats gilt bis zu ihrer Änderung oder Aufhebung; zur Änderung oder Aufhebung bedarf es eines Beschlusses des Aufsichtsrats.
2. Diese Fassung der Geschäftsordnung tritt mit der Beschlussfassung des Aufsichtsrats in Kraft.

Bremen, den 15. Dezember 2020



Robert Wethmar

Vorsitzender des Aufsichtsrats
OHB SE